

Elektronische Beteiligung und Teilhabe: Nutzung des Internets für die Entwicklung des Gemeinwesens

1 Vielfalt von Internet-Technologien im Gemeinwesen

Die Bedeutung des Internets für die politische Arbeit ist spätestens seit der überaus erfolgreichen Wahlkampagne Barack Obamas im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf unbestritten.¹ Auch in Deutschland sind elektronische Beteiligungsformen auf dem Vormarsch: Bei der Online-Petition für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die mehr als 52.000 Menschen online unterstützten, führte jüngst Überbelastung zu Serverausfällen (Nagel 2009). Internet-Technologie hat so in vielfältigen Formen Einzug ins Gemeinwesen gehalten und wird gerade auf kommunaler bzw. lokaler Ebene besonders erfolgreich eingesetzt – sei es in so genannten „Bürgerhaushalten“, bei denen Bürgerinnen und Bürger kommunale Haushaltsplanungen mitgestalten² oder bei konkreten Projekten der Stadt- oder Landschaftsplanung.³

Sind dies Beteiligungsangebote der jeweiligen Kommune, gibt es aber ebenso Beispiele, in denen Bürger selbst organisiert Internetplattformen für die Stadtteilarbeit nutzen, zum Beispiel in Wikis oder Weblogs mit regionalem Fokus.⁴ Darüber hinaus setzen zahlreiche Projekte und Einrichtungen auf Stadtteilebene das Internet für ihre Öffentlichkeitsarbeit ein. Eine weitere Einsatzart findet sich beispielsweise bei der Internetplattform *abgeordnetenwatch.de*, die den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Abgeordneten aus ihrem Wahlkreis fördern will.

Die wachsende Verbreitung solcher Beteiligungs- und Aktionsformen mit Hilfe des Internets sowie einzelne Fallbeispiele doku-

mentieren auch empirische Studien zum Thema (Albrecht et al. 2008, Kubicek et al. 2007, Hart & Pflüger 2004). Sie analysieren ebenso den Erfolg einzelner Projekte wie auch die Gründe für das Scheitern vieler anderer. Auch wenn die Verbreitung elektronischer Beteiligung zunimmt, gilt dennoch häufig, dass das „*Internet noch mehr Hoffnungsträger als praktisches Instrument der Alltagsarbeit ist*“ (Meffert & Pröhl 2004:5): Viele Projekte existieren nur kurze Zeit, schaffen nach Auslauf von Fördermitteln nicht den Sprung in die Nachhaltigkeit oder warten schon kurz nach ihrer Entstehung als „leere Foren“ auf engagierte Bürgerinnen und Bürger. „*Oft läuft alles so umständlich wie vorher – nur online*“ (Gizinski & Pölig 2009:1) lautet die Kritik plakativ. Andererseits werden Informations- und Kommunikationstechnologien, hier vor allem dem Internet, aktuell auch besonders dem so genannten Web 2.0, ein großes Potenzial für die Entwicklung des Gemeinwesens zugesprochen: das Internet als „*Humus für ein neues, weltweites, soziales und politisches Engagement*“ (Koglin & Rohde 2009:44, vgl. auch Wendt o.J.).

Wie ist die Lage in Deutschland einzuschätzen? Was sind Erfolgsfaktoren beim Einsatz des Internets für Teilhabe und Beteiligung im Gemeinwesen? Der vorliegende Beitrag widmet sich diesen Fragen und beleuchtet dazu die unterschiedlichen Formen der elektronischen Bürgerbeteiligung, insbesondere wird untersucht, welche neuen Möglichkeiten an Beteiligungs- und Aktionsformen das so genannte Web 2.0 bietet. Den theoretischen Rahmen und die untersuchungsleitende Perspektive bildet dabei das junge Arbeits- und Forschungsgebiet der *Community Informatics*.

Dazu dient folgender Aufbau: Nach dieser Einführung ins Thema wird das Gebiet der *Community Informatics* in seinen Grundlagen und Prinzipien skizziert und von anderen verwandten Konzepten wie der Sozio-Informatik oder der Sozialinformatik abgegrenzt (Kapitel 2). Der gegenwärtige Stand der Forschung zu Verbreitung und zu Erfolgsfaktoren von elektronischer Bürgerbeteiligung und Teilhabe wird in Kapitel 3 anhand aktueller empirischer Studien referiert. In Kapitel

4 werden die Prinzipien des Web 2.0 und die damit neu entstehenden Formate der elektronischen Beteiligung vorgestellt. Praxisbeispiele in Kapitel 5 sollen konkrete Formen der Beteiligung veranschaulichen. Ein Fazit und Ausblick in Kapitel 6 runden den Beitrag ab.

2 Community Informatics – ein junges Arbeits- und Forschungsgebiet

Unter *Community Informatics (CI)* versteht man ein Arbeits- und Forschungsgebiet im Entstehen, das interdisziplinär angelegt ist und dessen Konturen im Detail sich gegenwärtig erst herausbilden (vgl. Gurstein 2007). Im Kern verbindet *CI* Informations- und Kommunikationstechnologien und Gemeinwesenentwicklung. Zum Gegenstandsbereich der *CI* gehören der Einsatz und die Gestaltung von Informations- und Kommunikationstechnologien für so unterschiedliche Bereiche wie bürgerschaftliche Netzwerke, lokale Selbsthilfegruppen, politische Kampagnen auf kommunaler Ebene, Stadtteilkultur- und -bildungsarbeit sowie elektronische Bürgerbeteiligung und Bürgerservices der Kommunen. Kurze Charakterisierungen beschreiben *CI* als

- „*die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien, um Prozesse im Gemeinwesen zu unterstützen und mit Macht zu versehen*“ (Gurstein 2007,11; Übers. PA)
- „*die soziale Aneignung von Informations- und Kommunikationstechnologien für den Nutzen des Gemeinwesens*“ (Taylor 2005,1, Übers. PA)
- „*eine Graswurzel-Perspektive, nach der Mitglieder eines Gemeinwesens zentral in den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien für die Gemeinwesenentwicklung involviert sind*“ (Loader & Keeble 2004,4, Übers. PA)

Grundlegend für Forschung wie Praxis in *CI* ist die Einschätzung, dass Informations- und Kommunikationstechnologien „Produktionsmittel“ der Wissensgesellschaft, Werkzeuge des lebenslangen Ler-

nens sowie zunehmend auch wichtige Instrumente bei der Entscheidungsfindung und der Bürgerbeteiligung darstellen. *CI* weist damit Schnittstellen zur anwendungsorientierten Informatik, zur Organisations- und Arbeitswissenschaft, zur Gemeinwesenarbeit, aber auch zu Politik- und Verwaltungswissenschaft auf (vgl. Gurstein 2007:13). Zentral ist dabei der Ansatz, die Forschung – im Sinne von Aktionsforschung – immer auch mit Praxis in konkreten Anwendungssituationen zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens zu verbinden.

In diesem Punkt liegt auch der wesentlichste Abgrenzungspunkt zu *Social Informatics international* bzw. zur Sozialinformatik in Deutschland. *Social informatics*⁵ im englischsprachigen Diskurs versteht sich als Forschungsgebiet zu den gesellschaftlichen Aspekten der Technologienutzung. Die Gestaltung des Technologieeinsatzes in konkreten Anwendungssituationen ist sekundär (vgl. auch Gurstein 2007: 43). *Sozialinformatik* im deutschsprachigen Diskurs betrachtet den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Sozialwirtschaft und in der Sozialen Arbeit (vgl. Wendt 2000: 20), der Schwerpunkt liegt auf Technologien für das Sozialmanagement, die Gestaltung des Technologieeinsatzes im Gemeinwesen, zum Beispiel im Rahmen neuer sozialer Bewegungen und politischer Kampagnen, ist auch hier sekundär.

Für diesen Beitrag soll daher die CI-Perspektive die Untersuchung rahmen, da die Gestaltung des Technologieeinsatzes in konkreten Anwendungssituationen im Gemeinwesen mit ihrer politischen Konnotation im Mittelpunkt steht.

3 Elektronische Bürgerbeteiligung in Deutschland – empirische Forschungsergebnisse

Die jüngste umfassende Studie des ifib/zebralog zu elektronischer Bürgerbeteiligung (Albrecht et al. 2008:5) unterscheidet sechs verschiedene Beteiligungsformen, die sich unter anderem durch den Grad der Beteiligung bzw. der Selbstorganisation unterscheiden:

1. *Information*: Angebote, die Informationen öffentlicher Stellen bereit stellen
2. *Transparenz durch Dritte*: informelle Angebote, die über Vorgänge im Bereich Legislative oder Exekutive berichten
3. *Konsultation*: Beteiligungsformen, mit denen die Meinung und das Wissen von Bürgerinnen und Bürgern bzw. von Interessengruppen/Akteuren in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebracht werden können
4. *Eingaben / Beschwerden / Petitionen*: Angebote, die Vorschläge oder Kritik an öffentliche Einrichtungen bündeln und an Entscheidungsinstanzen weiterleiten
5. *Kooperation*: Angebote, die eine Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik, Bürgerschaft sowie Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft unterstützen
6. *Aktivismus / Kampagnen / Lobbying*: Beteiligungsformen, bei denen Einzelpersonen oder organisierte Akteure mit politischen Kampagnen Aufmerksamkeit für ihre Themen und Positionen erreichen wollen

All diese Formen der „*Teilhabe von natürlichen und juristischen Personen (und ihren Gruppierungen) an politisch-administrativen Prozessen der Entscheidungsfindung mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien*“ (ebd.) – unabhängig davon, ob sie von öffentlichen Stellen initiiert sind oder von Bürgerinnen und Bürgern selbst organisiert – fasst die Studie als elektronische Beteiligungsformen (E-Partizipation) zusammen.

Zum Stand in Deutschland wird resümiert, dass die elektronische Bürgerbeteiligung nicht mehr komplettes Neuland darstellt, aber immer noch überwiegend in Projekten erfolgt, die außerhalb regulärer Abläufe und Prozesse stehen. Es existieren einige Leuchtturmprojekte, aber „*die Diffusion in die Breite und vor allem die institutionelle Einbindung von E-Partizipationsverfahren [sind] jedoch stark verbesserungswürdig*“ (ebd.: 8). Im internationalen Vergleich fällt Deutschland damit gegenüber anderen Ländern ab. Im außereuropäischen Raum

nehmen insbesondere Kanada, die USA und Neuseeland eine Vorreiterrolle ein, in Europa Großbritannien, Dänemark und Estland.

Bei den Stärken elektronischer Bürgerbeteiligung in Deutschland werden explizit die Konsultationen, etwa zu Haushalts- und Raumplanung auf kommunaler Ebene, hervorgehoben ebenso wie der Bereich der selbst organisierten Teilhabe in Form von *Aktivismus / Kampagnen / Lobbying*. Als Risiko elektronischer Partizipation in Deutschland sieht die Studie eine Situation an, in der die Beteiligung nicht das Vertrauen der Bevölkerung in PolitikerInnen oder politische Institutionen stärkt, sondern gegebenenfalls sogar schwächt. Dieser Fall kann laut der Studie eintreten, wenn

- „die Ergebnisse nicht tatsächlich Planungen und Entscheidungen beeinflussen
- die Verwendung von Beiträgen nicht von Anfang an für alle sich beteiligende und für Beobachter deutlich wird
- mit E-Partizipation eher Marketing betrieben wird, anstatt Lernprozesse zu erlauben,
- die Effekte nicht später auch nachvollziehbar dokumentiert werden und
- die Beteiligungsmöglichkeiten nicht in Folgeprozessen fortgesetzt werden.“ (ebd.: 9)

Insgesamt macht die Studie deutlich, dass die Entwicklung und Gestaltung benutzerfreundlicher Informations- und Kommunikationstechnologien zwar eine notwendige, aber längst keine hinreichende Bedingung für elektronische Beteiligungsprozesse ist. Diese Ergebnisse überraschen nicht und decken sich mit Resultaten früherer Untersuchungen.

Die Studie „*Neue Medien und Bürgerorientierung – Strategien für die Zukunft vor Ort: E-Bürgerbeteiligung zwischen Online-Chat und Bürgernetz*“ (Hart & Pfüger 2004) dokumentiert anhand zahlreicher Fallbeispiele auf regionaler und kommunaler Ebene eindrücklich Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei der Umsetzung. In der wichtigen Dimension der strategischen Gesamteinbettung der Beteili-

gung arbeitet die Untersuchung folgende Ergebnisse heraus (Hart & Pfüger 2004: 82):

Hemmnisse	Erfolgsktoren
Unklare oder nicht vorhandene Gesamtstrategie zum Kommunikationsangebot	Ausrichtung von Politik und Verwaltung an der Bürgerorientierung
Unklare Zieldefinitionen	Verankerung des Onlineangebotes in einer bestehenden Beteiligungskultur
Fehlende politische Einbindung des Beteiligungsangebotes	Politisch-administrative Unterstützung durch Entscheidungsträger
Fehlende Unterstützung der Verwaltung	Klare Definition von Inhalten, Zielen und Zielgruppen
Akteure (Bürger, Verwaltung, Politik) nicht gleichberechtigt einbezogen	Verständigung über Mehrwert und Mehraufwand einer Gesamtstrategie vor Projektbeginn
	Prioritätensetzung hinsichtlich des Angebotes
	langer Atem und langfristiges Denken

Die Forschungsarbeit „*Medienmix in der lokalen Demokratie. Die Integration von Online-Elementen in Verfahren der Bürgerbeteiligung*“ (Kubicek et al. 2007) stellt als zentrales Resultat die Bedeutung eines angemessenen „Medienmixes“ bei der elektronischen Bürgerbeteiligung heraus. Die darüber hinaus gehenden Ergebnisse weichen im Grundsatz nicht von den bisher vorgestellten Studien ab. Wichtig für den Erfolg ist gemäß Kubicek et al. (2007):

- den sequentiellen (für bestimmte Phasen) und parallelen Medieneinsatz (für unterschiedliche Zielgruppen/ Themenaspekte) zu unterscheiden,
- Metakommunikation, das heißt Information und Diskussion über den Prozess der Beteiligung, einzuführen,
- das Beteiligungsverfahren strategisch in den technischen wie auch sozio-kulturellen Nutzungskontext einzubetten.

Aus den analysierten Fallbeispielen arbeiten die Autoren heraus, dass elektronische Bürgerbeteiligung

- in der Regel sehr aufwändig ist und wenig Arbeitsentlastung bringt,

- ehrenamtliches Engagement in hohem Umfang als Erfolgsfaktor benötigt,
- die Implementierung oft daran scheitert, dass Ergebnisse der Beteiligung zum Teil nicht umgesetzt werden.

Im Rahmen der Durchführung eines Pilotprojekts zu einer elektronischen Bürgerbeteiligung bei der Raumplanung in Esslingen wurde das folgende Modell zu den Erfolgsbedingungen elektronischer Beteiligungsverfahren aufgestellt:

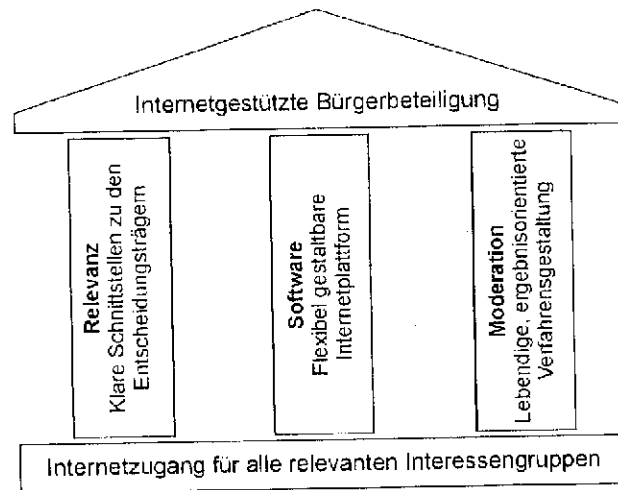


Abbildung 1: Erfolgsfaktoren für elektronische Beteiligungsverfahren (Quelle: Trénel, Märker & Hagedorn 2001:7)

Als Erfolgsfaktoren im Detail führen die Autoren aus (Trénel, Märker & Hagedorn 2001:6ff.): In der Kategorie „Relevanz“ ist bedeutsam, dass

- ein relevantes Thema gewählt wird, von dem viele Bürgerinnen und Bürger betroffen sind
- möglichst alle Stakeholder einbezogen werden
- die Schnittstellen zum politischen Entscheidungsprozess klar definiert sind

- das Beteiligungsverfahren in bestehende Diskurse eingebettet ist
- In der Kategorie „Software“ ist wichtig, dass
 - eine benutzerfreundliche Internetplattform zur Verfügung gestellt wird
 - der Schutz persönlicher Daten gewährleistet ist
 - die internetbasierte Kommunikation gut mit anderen Medien und Präsenztreffen kombiniert wird
- In der Kategorie „Moderation“ ist zentral, dass
 - neutrale Moderatoren eingebunden werden
 - für alle sichtbare Regeln für einen fairen Umgang miteinander festgelegt werden
 - Moderatoren die Diskussion übersichtlich halten und ergebnisorientiert moderieren
 - der Ablauf klar strukturiert ist
 - die Prozessreflexion angeregt wird
 - der Diskussion „Leben eingehaucht“ wird (eigene Beiträge, unterstützende Kommentare etc.)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass elektronische Beteiligungsverfahren und selbstorganisierte Teilhabe auf kommunaler Ebene in Deutschland zahlreich und in vielfältiger Form mit Internettechnologie unterstützt werden, dass das Vorgehen dabei aber keineswegs vollständig etabliert und immer von Erfolg gekrönt ist. Wie jeder Einsatz von Kommunikations- und Informationstechnologien hängt die Effektivität und Effizienz auch hier von einer Vielzahl von Faktoren ab, die in einer komplexen Wechselwirkung miteinander stehen.

Werden sich die jüngsten Veränderungen der Internettechnologie hin zum so genannten Web 2.0 auf die Beteiligung und Teilhabe im Gemeinwesen auswirken? Dieser Aspekt des Themas soll im folgenden Kapitel näher betrachtet werden.

4 Neue Aktions- und Beteiligungsformen durch Web 2.0

Web 2.0 – worum geht es eigentlich?

Bezeichnend für Web 2.0 ist, dass es nicht in erster Linie um neue Technologien, sondern vielmehr um eine veränderte Nutzungsart geht: Im Web 2.0 wird das Internet konsequent als Kommunikationsmedium wahrgenommen und genutzt (O'Reilly 2005). Gab es lange im Internet eine strikte Trennung zwischen Schreibenden und Lesenden, hebt das Web 2.0 diese Trennung auf. NutzerInnen gestalten selbst Inhalte; MedienkonsumentInnen werden somit zu MedienproduzentInnen (Mitmachweb oder Read and Write-Web statt Read-only-Web). Grundlegende Veränderungen im Web 2.0 zeigt die folgende Tabelle:

Web 1.0	Web 2.0
Zentralität	Dezentralität
festе Rollenverteilung und klare Hierarchie zwischen Leistungserbringenden und -empfangenden	häufiger Rollenwechsel sowie Partizipation und Gleichheit bei der Leistungserstellung
Abgrenzung gegenüber der Umwelt	Offenheit und Vernetzung

Gleichzeitig kommt es zu zahlreichen Grenzverschiebungen (in Anlehnung an Kerres 2006):

Grenze	Web 2.0
Schreibende / Lesende	häufiger Rollenwechsel von Autorin und NutzerIn
lokal / entfernt	mit allgegenwärtigem Internetzugang verwischen sich die Grenzen zwischen lokal (zuhause) und entfernt (Institution). es kann von beliebigem Ort mit anderen beruflich oder privat kommuniziert werden. Lokales wird überall im Netz verfügbar und verarbeitbar gemacht
privat / öffentlich	Privates wird zunehmend freiwillig im Netz öffentlich publiziert

Auch wenn Web 2.0 stärker eine veränderte Nutzungsart des Internet als eine technologische Innovation ist, gehören neue Web 2.0 Technologien dazu. Typisch für Web 2.0 Technologien sind die folgenden Eigenschaften:

- freie Benutzung ohne Lizenzgebühren
- hochspezialisierte Dienste mit schmalem Funktionsumfang, die dann mit anderen Werkzeugen kombiniert werden sollen
- leichte Handhabbarkeit (keine Programmierkenntnisse nötig)
- kontinuierliche Weiterentwicklung
- hierarchiefreies Rollenmodell auf der Grundlage von Vertrauen
- Elemente können mit eigenen Etikettierungen („tags“) versehen werden (folksonomy)

Beispiele für Web 2.0 Technologien sind:

Grenze	Web 2.0
Wikis (von hawaiianisch „schnell“)	Kooperative Schreibwerkzeuge im Internet, mit denen eine beliebig große Anzahl von Nutzern gemeinsam eine leicht zu editierende Webseite bzw. Dokumentensammlung anlegen kann ⁶
Weblogs (von Web + Log(buch): auch kurz Blog)	Publikationswerkzeuge, die chronologisch geordnete Veröffentlichungen wie Tagebücher oder Projektberichte ermöglichen
Soziale Netzwerke	Dienste, mit deren Hilfe Online-Communities gegründet werden können, in denen in vielfältiger Form kommuniziert und Dateien ausgetauscht werden können
Foto- oder Video-Online-Communities	Plattformen, auf denen Fotos oder Videos online abgelegt, mit eigenen Schlagworten versehen und mit anderen ausgetauscht werden können
Podcasts (Kunstwort aus iPOD und BroadCAST):	Audio- oder Video-Dateien, die über das Internet produziert und angeboten werden. Podcasts können mit einer PC-Ausstattung mit Soundkarte und Mikrophon leicht erstellt werden und ermöglichen, quasi einen eigenen Hörfunk- oder Fernsehsender im Internet zu betreiben

Neue Aktions- und Beteiligungsformen

Die Nutzung von Web 2.0 Technologien für Beteiligungsverfahren und für selbst organisierte Gemeinwesenentwicklung steht insgesamt noch am Anfang. Da die Web 2.0 Technologien aber allgemein kontinuierlich größere Verbreitung finden, immer auch kostenlose Versionen zur Verfügung stehen und insbesondere keine spezifischen Computerkenntnisse mehr für ihre Handhabung notwendig sind, ist davon auszugehen, dass sie sich zukünftig auch in Kontexten lokaler politischer Initiativen und von Stadtteilarbeit wei-

ter verbreiten werden. Die Studie des ifib/zebralog in diesem Bereich führt bereits zahlreiche, mit Web 2.0 in Zusammenhang stehende, Beteiligungsformate auf: Weblogs, Podcasts, Webcasts, Social Tagging, Social Bookmarking, Wikis, Foto-/Video-Communities, Social Networking etc. (Albrecht et al. 2008: 20ff.)

Betrachtet man die angeführten Erhebungsergebnisse bzw. die zugehörigen Einsatzbeispiele genauer, so wird der punktuelle und häufig experimentelle Charakter deutlich: „In den allermeisten Fällen handelt es sich dabei [informelle Beteiligungsangebote auf kommunaler Ebene] um episodische Angebote, die zu einer bestimmten Fragestellung oder einem Planungsproblem ins Leben gerufen wurden“ (Albrecht et al. 2008: 51).

Ebenso relativiert sich der Einsatz von Web 2.0 Technologien, wenn man das Verhältnis von aktiver zu passiver Nutzung des Web 2.0 insgesamt betrachtet. Nach den Zahlen der ARD/ZDF-Online-Studie 2007 überwiegt bei allen abgefragten Web 2.0 Technologien – unabhängig vom Anwendungskontext – die passive Nutzung bei weitem: Nur knapp ein Viertel aller Weblog-NutzerInnen verfasst auch eigene Beiträge oder Kommentare. Der Anteil aktiver Video- oder Foto-Community-NutzerInnen ist noch geringer (7 zu 13%) (vgl. Gscheidle & Fisch 2007: 401).

Sichtbar wird aber auch, dass die Web 2.0 Technologien eher die gestaltende Teilhabe und informelle Beteiligungen stärken als die durch kommunale Verwaltungen initiierten Beteiligungsformen: Die ifib/zebralog-Studie nimmt eine Zuordnung der eingangs aufgeführten Beteiligungsformen zu den Beteiligungsformaten/Technologien vor. Die Web 2.0 induzierten Beteiligungsformate finden sich – ihrem auf Kooperation und Mitgestaltung ausgerichteten Charakter entsprechend – gehäuft bei den Beteiligungsformen Konsultation, Kooperation und Aktivismus/Kampagne/Lobbying (Albrecht et al. 2008: 24-26).

In Kooperationen im Rahmen von Haushalts- oder Raumplanung wird dabei auf das Prinzip der zeitnahen Bewertung und Kommen-

terung aus den Web 2.0 Technologien zurückgegriffen. Im Rahmen von „Place-Blogging“ (Weblogs zu einem geographischen Ort)⁷ wird die einfache und schnelle Publikationsmöglichkeit von Weblogs genutzt. In Stadtteil-Wikis greift man die Möglichkeit auf, kooperativ einen Wissens- und Ressourcenpool mit Hilfe eines Wikis aufzubauen – jeweils geht es darum, „lokales Wissen“ verfügbar bzw. sichtbar zu machen. Bei einem klaren räumlichen Bezug wird gleichzeitig zeit- und raumüberbrückende Technologie genutzt, die Engagement für das Gemeinwesen zu ganz flexiblen Zeitfenstern und von den unterschiedlichsten physischen Orten her erlaubt. Letzteres Prinzip nutzen auch Kampagnenplattformen, die gegebenenfalls für ein lokales Anliegen Engagierte aus ganz verschiedenen Bereichen zusammenführen. Der schon lange vor Entwicklung des Web 2.0 prognostizierte „Beteiligungsschub von unten“ durch das Internet (Leggewie 1998: 48) scheint durch das Web 2.0 Gestalt anzunehmen.

Für die Teilhabe und Beteiligungsformen mittels Web 2.0 Technologien gilt allerdings ebenso wie bei den herkömmlichen elektronischen Beteiligungsformen, dass zahlreiche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz gegeben sein müssen – die vorhandene Technologie alleine keinerlei Nutzung oder gar Wirkung garantiert. Zusätzlich müssen beim Einsatz von Web 2.0 Technologien weitere Herausforderungen bewältigt werden: der auch in Deutschland immer noch ungleiche Zugang zum Internet, unterschiedliche Nutzungsvoraussetzungen ebenso wie die häufig unterschätzte Datenschutzproblematik.

Der folgende Abschnitt illustriert den Einsatz des Internets für die Entwicklung des Gemeinwesens anhand von drei konkreten Praxisbeispielen.

5 Einsatzmöglichkeiten und Praxisbeispiele

Bürgerhaushalte

Beteiligungen der Bürgerschaft bei der Aufstellung von Haushaltsplänen auf kommunaler Ebene (so genannte Bürgerhaushalte) sind

mittlerweile zahlreich initiiert worden.⁸ Bürgerinnen und Bürger werden in einen kooperativen Planungsprozess eingebunden und für die Herausforderungen einer Haushaltsplanung sensibilisiert. Die Initiative geht dabei häufig von Planungsabteilungen der Verwaltungen, zum Teil unter Beteiligung von Forschungseinrichtungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen aus. Bekanntestes Beispiel ist der Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenfeld,⁹ der 2008 bereits zum vierten Mal durchgeführt wurde. Die internetbasierte Möglichkeit der Diskussion bzw. des Einbringens von Vorschlägen ist dabei nur einer von mehreren Kommunikationskanälen. Begleitend zur Internetdiskussion gibt es Stadtteilkonferenzen, und Vorschläge können ebenso schriftlich eingebracht werden. Für den Haushaltsplan 2010 wurden insgesamt 205 Vorschläge eingebracht und diskutiert.

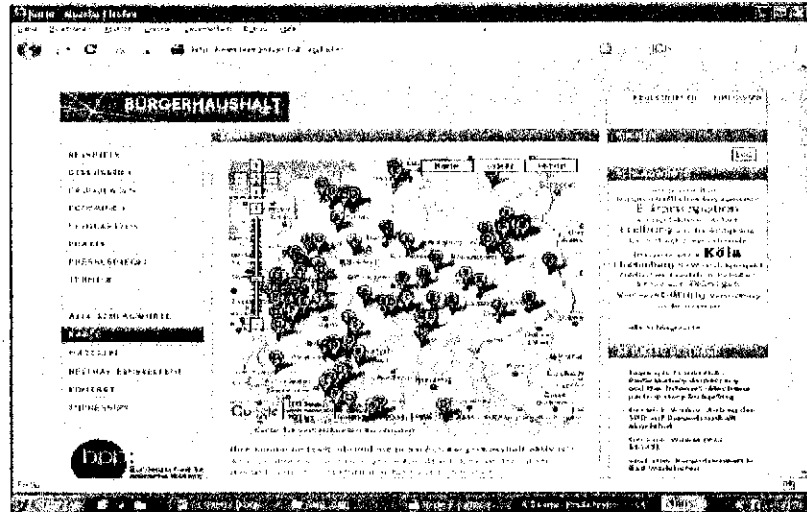


Abbildung 2: Bürgerhaushalte in Deutschland

Dass diese Art der Bürgerbeteiligung auch in der Zahl der Beteiligten skalierbar ist, zeigen die jüngsten Zahlen des Bürgerhaushalts Köln 2008: Mehr als 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich auf der Internet-Plattform registriert, knapp 5000 Vorschläge wurden eingereicht und von rund 120.000 verschiedenen Rechnern auf die Seite zugegriffen.¹⁰

Stadtteil-Wikis

Zahlreiche Städte oder Stadtteile nutzen das Vorbild der Online-Enzyklopädie Wikipedia, um im Rahmen eines Wikis eine Website der jeweiligen Stadt oder des Stadtteils kollektiv zu erstellen. Das laut einem amerikanischen Stadt-Wiki¹¹ weltweit größte freie Stadt-Wiki ist das Stadt-Wiki Karlsruhe – 2004 von einem Jugendlichen gegründet. Es verfügt derzeit über 18.000 Artikel.

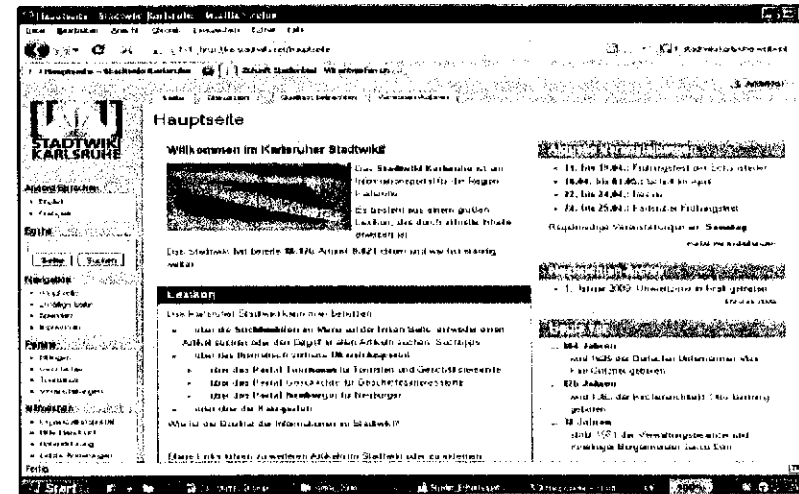


Abbildung 3: Stadtwiki Karlsruhe

Wikis als Wissens- und Ressourcenpool werden aber nicht nur zu größeren Städten von engagierten Bürgerinnen und Bürgern erstellt, sondern auch auf der Ebene von Stadtteilen oder einzelnen Quartieren. Einzelne Beispiele unter vielen anderen sind Salbke in Magdeburg, Potsdam-West oder Klausenerplatz-Kiez in Berlin.¹²

Politische Kampagnen und bürgerschaftliches Engagement

Internetplattformen werden zunehmend als ein zentraler Kommunikationskanal für politische Aktionen und bürgerschaftliches Engagement genutzt (Überblick vgl. Koglin & Rohde 2009). Der lokale Bezug ist dabei unterschiedlich. Das Spektrum internetbasierter Kampagnenunterstützung soll durch folgende Beispiele skizziert werden:

Porticia Arnold

Campact.de:	offene internetbasierte Kampagnenplattform für Online-Bürgernetzwerke: „Campact organisiert Kampagnen, bei denen Menschen sich via Internet in aktuelle politische Entscheidungen einmischen“
Frontlinesms.com	Mikroblogging-System speziell für Nicht-Regierungsorganisationen: „freie Software, die einen Laptop und ein Handy zu einer Kommunikationszentrale machen“ (Übers. PA)
Kiva.org	internationale Mikro-Kredit-Plattform: „Kiva ermöglicht einen Kredit an eine Unternehmerin bzw. einen Unternehmer aus einem Entwicklungsland zu geben“ (Übers. PA)
Helpedia.de	Fundraising-Plattform: „Helpedia ist das Internetportal für gesellschaftliches Engagement in Deutschland.“
Ideenzutaten.org	eine Ideen-Austauschbörse und Vermittlung von Mitstreitern für soziale Projekt(-ideen): „Open Social Innovation mit Hilfe einer Web2.0-Community, in der sich alle gesellschaftlich engagierten Menschen zusammenfinden, gegenseitig inspirieren und helfen.“

6 Fazit: Gemeinwesenentwicklung 2.0 ?!

Welches Resümee lässt sich ziehen? Informations- und Kommunikationstechnologien werden vielfältig für die Entwicklung des Gemeinwesens eingesetzt. Das Spektrum reicht von Beteiligungsangeboten auf kommunaler Ebene, über selbst organisierte Stadt-(teil-)Portale bis zu Vermittlungsbörsen für bürgerschaftliches Engagement und Kampagnenplattformen. Dabei wird vielfach auch schon auf Web 2.0 Technologien zurückgegriffen.

Ist es deswegen sinnvoll von einer Gemeinwesenentwicklung 2.0 zu sprechen? Die Frage muss eher verneint werden: Bereits 1997 identifizierten Kubicek, Schmid & Wagner (1997:189, zit. nach Kubicek et al. 2007) drei Traditionslinien für so genannte Bürgernetze: ein Bürgernetz „als Ort kollektiver Erörterung lokaler Geschehnisse und der Belebung lokaler Gemeinschaften“, das Informations- und Kommunikationstechnologien zur Informationsbeschaffung einsetzt, „verbunden mit der Idee der politischen Gegenöffentlichkeit und des politischen Protests“.

Diese Traditionslinien setzen sich heute fort. Ergänzen könnte man aktuell, dass die Technologien über die Informationsbeschaf-

fung hinaus auch zur Präsentation und Publikation lokaler Belange eingesetzt werden. Einen signifikanten Entwicklungssprung hat es nicht gegeben.

Zudem müssen zahlreiche Voraussetzungen für gelingende internetbasierte Teilhabe zusammentreffen, insbesondere eine strategische Gesamteinbindung der Beteiligung und Beteiligungstransparenz. Bei den Erfolgsfaktoren in der Gestaltung im Detail stehen wir noch am Anfang einer Lernentwicklung, bei zahlreichen rechtlichen Fragen und Datenschutzaspekten ebenso. Community Informatics als Arbeits- und Forschungsgebiet in diesem Bereich hat daher noch zahlreiche Aufgaben zu bewältigen.

An der Relevanz einer Erkenntnis, die bereits zehn Jahre alt ist, hat sich trotz aller innovativen Nutzungsarten des Internets in Form von Web 2.0 auf jeden Fall nichts geändert:

„Ob Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, ist in erster Linie eine Machtfrage, ob sie genutzt werden im Wesentlichen eine Frage der Organisation, der Kultur und der Qualifikation.“ (Kubicek & Hagen 1999, 375, zit. nach Trénel, Märker & Hagedorn 2001:36).

Anmerkungen

- 1 vgl. zum Beispiel voices.washingtonpost.com/44/2008/11/20/obama_raised_half_a_billion_on.html (Zugriff 09.04.09)
- 2 für einen Überblick vgl. www.buergerhaushalt.org sowie Kap. 4.1 (Zugriff 09.04.09)
- 3 Beispiele sind der „Interaktive Landschaftsplan“ der Stadt Königslutter am Elm (www.koenigslutter.de/landschaftsplan.php) oder die Planung des Bremer Stadionbads in Bremen (vgl. Kubicek, Lippa & Westholm 2007, 99ff.)
- 4 für Beispiele vgl. Kap. 4.2
- 5 vgl. rksi.indiana.edu/
- 6 prominentestes Beispiel für ein Wiki ist die Online-Enzyklopädie Wikipedia
- 7 für eine Zusammenstellung im deutschsprachigen Raum vgl. www.readers-edition.de/2007/04/17/placeblogs-regional-stadt-lokal-und-kiez-blogs/
- 8 ein Überblick findet sich unter www.buergerhaushalt.org
- 9 www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/
- 10 www.stadt-koeln.de/1/stadtfinanzen/news/00843/
- 11 www.omahawiki.org/Omaha_Wiki:Largest_City_Wikis
- 12 www.salbke-magdeburg.de/cms/, (www.potsdamwest.net/wiki/Hauptseite,wir-sind-kiez.de/tag:kiez)

Literatur

- Nagel, Nils (2009): Mehr Demokratie dank Internet - ein Mythos? www.tagesschau.de/inland/democracy100.html (Zugriff 09.04.2009).
- Albrecht, Steffen; Kohrausch, Niels; Kubicek, Herbert; Lippa, Barbara; Märker, Oliver; Trénel, Matthias; Vorwerk, Volker; Westholm, Hilmar; Wiedwald, Christian (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. www.ifib.de/publikationsdateien/ifib-ze-bralog-e-partizipation-lang.pdf (Zugriff 09.04.2009).
- Hart, Thomas; Pflüger, Frank (Hrsg.) (2004): Neue Medien und Bürgerorientierung - Strategien für die Zukunft vor Ort: E-Bürgerbeteiligung zwischen Online-Chat und Bürgernetz. www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xber/SID-187732DB-A87D707A/bst/xcms_bst_dms_18427_18428_2.pdf (Zugriff 09.04.2009).
- Kubicek, Herbert; Lippa, Barbara; Westholm, Hilmar unter Mitarbeit von Niels Kohrausch (2007): Medienmix in der lokalen Demokratie. Die Integration von Online-Elementen in Verfahren der Bürgerbeteiligung. Abschlussbericht an die Hans-Böckler-Stiftung, 5 Bde. www.ifib.de/publikationsdateien/Medienmix_Endbericht_Teil_I_kap1-4_fn.pdf (Zugriff 09.04.2009).
- Trénel, Matthias; Märker, Oliver; Hagedorn, Hans (2001): Bürgerbeteiligung im Internet – Das Esslinger Fallbeispiel. Discussion Paper FS II 01 – 308. bibliothek.wz-berlin.de/pdf/2001/i:01-308.pdf (Zugriff 09.04.2009).
- Meffert, Heiberr; Pröhl, Marga (2004): Vorwort in Hart & Pflüger. Hart, Thomas; Pflüger, Frank (Hrsg.) (2004): Neue Medien und Bürgerorientierung - Strategien für die Zukunft vor Ort: E-Bürgerbeteiligung zwischen Online-Chat und Bürgernetz. www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xber/SID-187732DB-A87D707A/bst/xcms_bst_dms_18427_18428_2.pdf (Zugriff 09.04.2009).
- Gizinski, Maik; Pölig, Sonja (2009): Bürgerbeteiligung ohne Bürger? www.tagesthemmen.de/inland/meldung161276.html (Zugriff 09.04.2009).
- Koglin, Ilona; Rohde, Marek (2009): Net Activism. In FIF Kommunikation 2009(1), 43-49.
- O'Reilly, Tim (2005): Was ist Web 2.0? Designvorlagen und Geschäftsmodelle für eine neue Software-Generation. www.distinguish.de/?page_id=36 (Zugriff 09.04.2009).
- Kerres, Michael (2006): Potenziale von Web 2.0 nutzen In: Hohenstein, Andreas; Wilbers, Karl (Hrsg.) Handbuch E-Learning. München: DWD mediendidaktik.uni-duisburg-essen.de/system/files/web20-a.pdf (Zugriff 09.04.2009).
- Loader, Brian; Keeble, Leigh (2004): Challenging the digital divide: A literature review of community informatics initiatives. York: Joseph Rowntree Foundation.
- Leggewie, Claus (1998): Demokratie auf der Datenautobahn. Wie weit geht die Zivilisierung des Cyberspace? In Leggewie, Claus & Maar, Christa (Hrsg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Köln: Bollmann, 15-51.
- Gurstein, Michael (2007): What is Community informatics? (And Why Does It Matter)? Mailand: Polimetria.
- Gscheidle, Christoph; Fisch, Martin (2007): Das „Mitmach-Netz“ im Breitbandzeitalter. In Media Perspektiven, Vol. 8, 393-405.
- Taylor, Wallace (2005): Editorial: Community informatics – a challenge for university scholarship. In South African Journal of Information Management Vol.7(4), 1-2. www.sajim.co.za/default.asp?to=editvol7nr4 (Zugriff 09.04.2009).
- Wendt, Wolf Rainer (2000): Sozialinformatik: Stand und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos.
- Wendt, Wolf Rainer (o.J.): Das virtuelle Gemeinwesen. „Global denken, lokal handeln“ – Das Internet und seine Konsequenzen für die Gemeinwesenarbeit. www.jott-we.de/de/infosozial/data/gemeinwesen.html (Zugriff 09.04.2009).